

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
Literaturverzeichnis .....	XIX
Entscheidungsverzeichnis .....	XLI
<b>1. Teil. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Teil. Grundlagen</b>	
<b>§ 1. Die zwei Spuren der Vertrauenshaftung im BGB .....</b>	<b>7</b>
<b>§ 2. Zwei Spuren des Vertrauensschutzes in der österreichischen lex lata? .....</b>	<b>9</b>
I. Einführung .....	9
A. Die Akzeptanz des zweispurigen Vertrauensschutzes in der österreichischen Lehre .....	10
B. Der zweispurige Vertrauensschutz nach den Vorstellungen der ABGB- Redaktoren .....	11
II. Positiver Vertrauensschutz .....	13
A. Positivrechtliche Anknüpfungspunkte .....	14
B. Rechtsgeschäftlicher Erfüllungsanspruch? .....	16
III. Negativer Vertrauensschutz .....	19
A. Positivrechtliche Anknüpfungspunkte .....	19
B. Eigenständigkeit des negativen Vertrauensschutzes innerhalb des Schadenersatzrechts? .....	22
IV. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands .....	22
<b>§ 3. Das Prinzip der „relativen (zweiseitigen) Rechtfertigung“ bzw der „beiderseitigen Rechtfertigung/Begründung“ .....</b>	<b>25</b>
I. „Casum sentit dominus“ als Ausgangspunkt des Schadenersatzrechts .....	25
II. Schadenersatz „an sich“ und die Rechtfertigung gegen ein anderes (bestimmtes) Rechtssubjekt .....	26
III. Zur Wahl des Prinzips der „beiderseitigen Rechtfertigung“ als maßgebenden Untersuchungsansatz .....	28
A. Grundlegendes zur Rückwirkung des Prinzips auf den Untersuchungsansatz .....	29
B. Weiterführende Erwägungen zur Legitimierung des gewählten Untersuchungsansatzes .....	29
1. „Das wichtigste Zurechnungsmoment“ .....	30
2. „Persönlicher Vorwurf eines schädigenden Verhaltens“ .....	32
<b>3. Teil. Die Tatbestände der Vertrauersatzhaftung im Zivilrecht</b>	
<b>§ 1. Haftung bei Ungültigkeit des Vertrages wegen Unmöglichkeit (§ 878 S 3 ABGB) .....</b>	<b>36</b>
I. Rechtsentwicklung .....	36
A. Die ABGB-Stammfassung und die Fassung seit der 3. TN .....	36

B. § 307 BGB ein Vorbild für § 878 S 3 ABGB? .....	37
1. Die Orientierung der 3. TN am BGB .....	38
2. Konkrete Anhaltspunkte in den Materialien zu § 878 ABGB .....	39
3. Schlussfolgerungen .....	40
II. Terminologisches .....	41
A. „Abschluss“ ≠ „Zustandekommen“ ≠ „Gültigkeit“ des Vertrages .....	42
B. Das Erfordernis des Zustandekommens des Vertrages .....	43
III. Die Voraussetzungen auf Seiten des Geschädigten .....	44
A. Haftung setzt Vertrauen voraus .....	45
B. Haftung setzt gesetzlich geregelten Vertrauensgegenstand voraus .....	47
1. Der unmittelbare Anwendungsbereich von § 878 S 3 ABGB .....	47
a. Vertrauen auf die Gültigkeit des Vertrages nach § 878 S 1 ABGB .....	47
b. Die Äußerung über die Leistungsmöglichkeit .....	48
c. Rückkoppelung zu „Abschließung“ ≠ „Zustandekommen“ ≠ „Gültigkeit“ des Vertrages .....	49
2. Erweiterung über den unmittelbaren Anwendungsbereich .....	51
a. Anhaltspunkte in der Rechtsprechung des OGH .....	52
i. OGH 4. 7. 1934, 2 Ob 548/34 .....	52
ii. OGH 31. 1. 1951, 3 Ob 689/50 .....	53
iii. OGH 18. 10. 1977, 4 Ob 95/77 .....	54
(1) Aus den Feststellungen und dem Klagebegehren .....	54
(2) Aus der Begründung .....	55
(3) Zur rechtlichen Begründung des OGH .....	56
b. Haftung bei gesetzlich verbotenem oder sittenwidrigem Vertrag .....	60
i. Die Ausgangslage im ABGB .....	60
ii. Entstehungsgeschichtliches .....	62
(1) Zur ABGB-Stammfassung und den Änderungen der 3. TN .....	62
(2) Zu den Materialien der 3. TN .....	63
(3) Schlussfolgerungen .....	64
iii. Objektiv-teleologische Erwägungen .....	67
iv. Zusammenfassende Schlussfolgerungen .....	68
c. Haftung bei schlichter anfänglicher Unmöglichkeit .....	68
i. Die Gültigkeit des Vertrages (hA) .....	69
(1) Problemaufriss .....	69
(2) Zur Verknüpfung des Vertrauensschadensatzes mit der Vertragsgültigkeit .....	71
(3) Ausschluss des Vertrauensschadensatzes bei schlichter anfänglicher Unmöglichkeit? .....	72
ii. Wertungswidrigkeit einer Differenzierung zwischen Fällen der anfänglichen Unmöglichkeit .....	75
iii. Exkurs: Zur Haftung auf das Erfüllungsinteresse .....	77
C. Haftung setzt schutzwürdiges Vertrauen auf die Gültigkeit des Vertrages voraus .....	81
1. Problemaufriss .....	82
2. Der Konditionalsatz „falls von diesem nicht dasselbe gilt“ .....	84
3. Die Lehre und Rechtsprechung im Überblick .....	84
4. Antikritisches zum Haftungsausschluss .....	88
a. Zum Wortlautargument .....	90
b. Historische Interpretation .....	92
i. Schleys Vorschlag zur Neufassung des allgemeinen Vertragsrechts .....	93
ii. Zum Vortrag des Justizministers vom 11.12.1907 beigelegte Erläuterungen .....	96

iii. Entwurf der zum Vortrag des Justizministers vom 11.12.1907 beigelegten Erläuterungen .....	98
iv. Schlussfolgerungen .....	99
c. Objektiv teleologische Erwägungen .....	102
i. Der Zusammenhang mit dem Gedanken des Vertrauenschutzes .....	103
ii. Das Parallelproblem beim positiven Vertrauenschutz .....	106
iii. Zur sachlichen Rechtfertigung der Schutzwürdigkeit .....	108
iv. Schlussfolgerung .....	110
d. Zum Nichtbestehen von Aufklärungspflichten .....	110
e. Zum systematischen Einwand gegen eine Kulpakompensation .....	111
i. § 1308 ABGB relativiert systematische Bedenken .....	112
ii. Das Rechtsgeschäftsrecht als einschlägiger Vergleichsmaßstab .....	113
f. Inkonsistenz zum schutzwürdigen Vertrauen im Rechtsgeschäftsrecht? .....	115
5. Kulpakompensation auch bei ungleichem (Mit-)Verschulden? .....	116
a. Der Gesetzeswortlaut .....	117
b. Historische Interpretation .....	118
c. Objektiv teleologische Erwägungen .....	118
D. Vertrauenschäden .....	120
1. Die Kausalität des Vertrauens für eine Handlung .....	120
a. Ein Widerspruch zum Angewiesen Sein der Rechtsordnung an Äußerliches? .....	120
b. Zu einer Besonderheit der Schädigung durch Rat-/Auskunftserteilung ..	121
c. Zur normativen Verankerung .....	122
2. Zur Grenze des Umfangs des Ersatzanspruchs .....	124
IV. Die Voraussetzungen auf Seiten des Schädigers .....	128
A. Haftung setzt Verschulden voraus .....	128
B. Haftung setzt Pflichtverletzung voraus .....	132
1. Zur Ableitung der Pflicht .....	133
a. <i>Ballersteds vertrauenstheoretische Pflichtenbegründungskonzeption</i> ..	134
i. Die Kritik der Lehre .....	134
ii. Antikritisches .....	136
(1) Vertrauengedanken vs Korrelat privatautonomer Gestaltungsmöglichkeit .....	137
(2) Normative Bestimmung der Schutzwürdigkeit von Vertrauen ..	138
b. Schlussfolgerungen .....	140
2. Verletzung einer Aufklärungspflicht? .....	142
a. Das maßgebliche Kriterium bei der Differenzierung zwischen positivem und negativem Interesse .....	142
b. Ein differenziertes Verständnis .....	144
C. Die Kausalität als Haftungsvoraussetzung .....	147
1. Grundlagen .....	147
2. Der Ersatz sogenannter „nutzloser Aufwendungen“ .....	147
a. Aufwendungen nach Zustandekommen des Vertrages .....	148
b. Aufwendungen anlässlich des Zustandekommens des Vertrages .....	149
c. Aufwendungen vor dem Zustandekommen des Vertrages .....	152
V. Die Belastung und Berechtigung im relativen Verhältnis .....	153
A. Ein Blick über den negativen Vertrauenschutz hinaus .....	154
B. Die sprachliche Nähe zu § 15 Abs 3 UGB .....	154
C. Objektiv-teleologische Erwägungen .....	155
D. Schutz abstrakten Vertrauens? .....	156

<b>§ 2. Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht (§ 1019 ABGB) .....</b>	160
I. Rechtsentwicklung .....	160
A. Von der Stammfassung des ABGB bis zum Rechtsüberleitungsgesetz .....	161
B. Die Reform der Scheinvertreterhaftung durch das HaRÄG 2005 .....	163
C. Zur Übernahme und Transfer von Art 8 Nr 11 Abs 2 EVHGB in § 1019 ABGB .....	164
II. Zur Terminologie „Abschluß“, „Zustandekommen“ und „Gültigkeit“ des Vertrages .....	166
A. Ein Blick auf den Gesetzeswortlaut .....	166
B. Das Erfordernis des Zustandekommens des Vertrages .....	168
C. Ein Hinweis auf die gebotene Trennung von Fragen .....	169
III. Die Voraussetzungen auf Seiten des Geschädigten .....	169
A. Haftung setzt Vertrauen voraus .....	170
1. Gesetzeswortlaut .....	170
2. Die Übernahme von Art 8 Nr 11 EVHGB in § 1019 ABGB .....	170
a. Vorbemerkung zum verfolgten Gedanken .....	171
b. § 179 BGB eine Vertrauenshaftung? .....	173
i. Die Beratungen der Ersten Kommission .....	173
ii. Motive zum Allgemeinen Theile des BGB .....	174
iii. Die Beratungen der Zweiten Kommission .....	176
iv. Abschließende Würdigung .....	180
c. Rückschlüsse für § 1019 ABGB .....	181
i. Ausgangspunkt: Überprüfung von Art 8 Nr 11 EVHGB im Zuge des HaRÄG 2005 .....	182
ii. Zum Verschuldensaspekt .....	182
iii. Zum Vertrauensaspekt .....	183
(1) Das Festhalten an Wertungen des Art 8 Nr 11 EVHGB .....	184
(2) Mögliche Einwände gegen das Festhalten an Wertungen des Art 8 Nr 11 EVHGB .....	184
d. Zusammenfassung .....	187
B. Haftung setzt gesetzlich geregelten Vertrauensgegenstand voraus .....	188
1. Haftung setzt Vertrauen auf die Vertretungsmacht voraus .....	188
2. Erweiterung des gesetzlichen Vertrauensgegenstands .....	189
a. Haftung bei Erklärung einer zukünftigen Genehmigung .....	189
i. Der maßgebliche Sachverhalt .....	189
ii. Rechtliche Beurteilung im Hinblick auf § 1019 ABGB .....	190
b. Haftung bei Nichtexistenz des Gewaltgebers .....	191
i. Die Rechtsprechung zu Art 8 Nr 11 EVHGB .....	192
ii. Stellungnahme mit Blick auf § 1019 ABGB .....	192
c. Haftung bei mangelnder Geschäftsfähigkeit des Gewaltgebers .....	194
i. Die Rechtsprechung zu Art 8 Nr 11 EVHGB .....	194
ii. Stellungnahme mit Blick auf § 1019 ABGB .....	195
d. Haftung des Scheinboten .....	196
i. Problemaufriss .....	197
ii. Analoge Anwendung von § 1019 ABGB .....	198
e. Haftung bei unterlassenem Verwenden eines Rechtsformzusatzes .....	199
i. Problemaufriss .....	199
ii. Erklärung einer unbeschränkten Haftung einer natürlichen Person? ..	200
C. Haftung setzt schutzwürdiges Vertrauen auf das Bestehen von Vertretungsmacht voraus .....	203
1. Von Art 8 Nr 11 EVHGB zu § 1019 ABGB .....	204
2. Behandlung des Mitverschuldens gemäß § 1019 ABGB .....	206
a. Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht .....	208
i. Vergleich mit Art 8 Nr 11 EVHGB und anderen Normen .....	208

ii. Grenzen normativen Vertrauenschutzes .....	210
iii. Schlussfolgerungen .....	212
(1) Vertrauen auf Handeln im fremden Namen ≠ Vertrauen auf Bestehen von Vertretungsmacht .....	212
(2) Entfall der Haftung .....	213
b. Kennenmüssen des Mangels der Vertretungsmacht .....	214
i. Vergleich mit Art 8 Nr 11 EVHGB und anderen Normen .....	214
ii. Kein Ausschluss normativen Vertrauenschutzes .....	215
iii. Schlussfolgerungen .....	217
D. Vertrauenschaden .....	219
1. Die Kausalität des Vertrauens für die Handlung .....	219
2. Haftungsbegrenzung durch das (hypothetische) Erfüllungsinteresse (§ 1019 S 2 ABGB) .....	220
a. Die unterschiedliche gesetzliche Ausgangslage nach § 1019 ABGB und § 878 S 3 ABGB .....	221
b. Die Rechtsprechung und Lehre im Überblick .....	222
i. Keine Allgemeingültigkeit der Beschränkung (hL) .....	222
ii. Gründe für eine Skepsis gegenüber der herrschenden Beurteilung ..	222
c. § 1019 S 2 ABGB eine erklärende Regelung .....	223
i. Der Standpunkt der Redaktoren des BGB .....	223
ii. Der Standpunkt der Redaktoren des HaRÄG 2005 .....	226
(1) Eine Regel zur Begrenzung der Haftung des Scheinvertreters .....	226
(2) Der „Betrag des Interesses an der Wirksamkeit des Vertrages“ ..	226
aa. Seine Gleichsetzung mit dem Begriff des (gedachten/hypothetischen) Erfüllungsinteresses .....	227
ab. Zu seiner Berechnung .....	227
ac. Berücksichtigung des Verhältnisses von Differenzanspruch und Erfüllungsinteresse .....	228
(3) Die gesetzliche Verankerung eines Prinzips .....	229
iii. Die Modellkonstellation .....	230
(1) Allgemeine Überlegungen .....	231
(2) Der Schutzzweck der Norm als maßgebendes schadenersatzrechtliches Prinzip .....	234
(3) Ergebnis .....	237
iv. Schlussfolgerungen für § 1019 S 2 ABGB .....	237
d. § 1019 S 2 ABGB als erklärende Regelung .....	238
i. Zum Umfang des Ersatzes „nutzloser Aufwendungen“ .....	239
(1) „Nutzlose Aufwendung“ ≠ „Frustrierte Aufwendung“ .....	239
(2) Der Ersatz „nutzloser Aufwendungen“ in der Lehre zur Haftung des Scheinvertreters .....	239
(3) Grundlagen .....	241
aa. Die Art des Schadens? .....	242
ab. Zur Art der Ersatzleistung .....	243
(4) Die Begrenzung durch den Schutzzweck der Norm .....	244
ii. Zur Einschränkung von § 1019 S 2 ABGB nach hL .....	247
(1) Schaden aus dem Geltendmachen des Anspruchs .....	248
(2) Schaden an der Person oder absolut geschützten Gütern .....	250
IV. Die Voraussetzungen auf Seiten des Schädigers .....	253
A. Haftung setzt Verschulden voraus .....	253
1. Zum Konnex mit der culpa in contrahendo .....	254
2. Zum Gesetzeswortlaut .....	255
3. Zur Absicht des Gesetzgebers .....	255
4. Schlussfolgerungen .....	256

B.	Haftung setzt Pflichtverletzung voraus .....	256
1.	Der Meinungsstand im Überblick .....	256
2.	Die Begründung von Pflichten des Vertreters nach R. Welser .....	258
3.	Rekurs auf R. Welser seit dem HaRÄG 2005 noch zeitgemäß? .....	258
4.	Die Begründung genereller Verhaltenspflicht und deren Konkretisierung aus § 1019 ABGB .....	259
5.	Verletzung einer Aufklärungspflicht? .....	260
6.	Ein vorgelagertes Addendum .....	263
V.	Belastung und Berechtigung im Verhältnis zwischen Schädiger und Geschädigtem .....	266
<b>§ 3. Haftung bei Nichterklärung über Auftragsvertragsofferte (§ 1003 ABGB)</b>	.....	267
I.	Rechtsentwicklung .....	268
A.	Zu den Beratungen der ABGB-Stammfassung .....	268
B.	Angedachte Änderungen im Zuge des HaRÄG 2005 .....	272
II.	Die Verbindung mit dem Vertrauensgedanken .....	273
A.	Die Vorstellungen der Gesetzesverfasser .....	273
B.	Bedeutende Konsequenzen für das Verständnis von § 1003 ABGB .....	275
III.	Die Voraussetzungen auf Seiten des Geschädigten .....	277
A.	Haftung setzt Vertrauen voraus .....	277
B.	Haftung setzt gesetzlich geregelter Vertrauensgegenstand voraus .....	277
1.	Der Meinungsstand im Überblick .....	277
2.	Gesonderte Betrachtung potentiell erfasster Sachverhalte .....	278
a.	Vorbemerkung .....	279
b.	Vertrauen auf die Annahme des Angebots .....	280
c.	Vertrauen auf die Ablehnung des Angebots .....	281
3.	Ein Addendum zur Pflichtenbegründung durch § 1003 ABGB .....	283
C.	Haftung setzt schutzwürdiges Vertrauen auf das Schweigen voraus .....	286
1.	Kenntnis des Auftragenden .....	286
2.	Fahrlässige Unkenntnis des Auftragenden von der Nichtannahme .....	287
D.	Vertrauensschaden .....	289
1.	Die Kausalität des Vertrauens für die Handlung .....	289
2.	Begrenzung durch das Erfüllungsinteresse?	291
a.	Die umstrittene Auslegung von § 663 BGB .....	292
b.	Die sachliche Rechtfertigung für die Haftungsbeschränkung nach § 1019 S 2 ABGB .....	292
IV.	Die Voraussetzungen auf Seiten des Schädigers .....	294
A.	Haftung setzt öffentliche Bestellung zur Besorgung bestimmter Geschäfte voraus .....	294
1.	Das Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit .....	294
a.	Zum weiten Verständnis der hL .....	294
b.	Die „öffentliche Bestellung“ ein Ausdruck für die Art und Weise der Kundgabe .....	296
2.	Erweiterung auf „nichtöffentliche“ Bestellungen .....	297
a.	Zum Erbieten der Geschäftsausführung gegenüber (einem) bestimmten Adressaten .....	297
b.	Ein Anhaltspunkt für die Haftung bei Scheitern der Vertragsverhandlungen .....	299
i.	Problemaufriss .....	299
ii.	Veränderter Abschlusswille und Unfähigkeit zum Abschluss in der Lage zu sein .....	302

iii. Abbruch ohne triftigen Grund .....	304
(1) Der zum Ersatz verpflichtende Umstand .....	305
(2) Entfall der Haftung wegen eines triftigen Grunds zum Abbruch ..	310
B. Haftung setzt Unterlassen der Erklärung über Annahme voraus .....	312
1. Verletzung einer Aufklärungspflicht .....	312
2. Abgrenzung zur öffentlichen Bestellung .....	314
3. Der Widerspruch zwischen öffentlicher Bestellung und Unterlassen des Vertragsabschlusses .....	315
4. Zum Ausdrücklichkeiterfordernis der Erklärung .....	318
C. Verschuldens- oder Risikohaftung? .....	318
1. Haftung setzt verschuldetes Unterlassen der Erklärung über die Annahme voraus .....	319
2. Zum Verspätungs- und Verlustrisiko .....	322
V. Belastung und Berechtigung im Verhältnis zwischen Schädiger und Geschädigtem .....	324
<b>§ 4. Haftung für Prospektangaben (§ 22 KMG 2019)</b> .....	326
I. Rechtsentwicklung .....	327
II. Die Voraussetzungen auf Seite des Geschädigten .....	330
A. Haftung setzt Vertrauen voraus .....	330
B. Haftung setzt gesetzlich geregelten Vertrauensgegenstand voraus .....	331
1. Vertrauen auf die Prospektangaben ≠ Vertrauen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Prospektangaben? .....	331
2. Schutz des Anlegers bei Vertrauen auf tatsächlich richtige und vollständige Prospektangaben? .....	332
3. Zusammenfassende Schlussfolgerungen .....	334
a. Erklärung der Richtigkeit und Vollständigkeit der mitgeteilten Tatsachen	334
b. Die Entscheidungsfreiheit als rechtlich anerkanntes Schutzgut .....	335
C. Haftung setzt schutzwürdiges Vertrauen voraus .....	336
1. Allgemeines .....	336
2. Haftungsentfall nach § 11 Abs 4 Ministerialentwurf-KMG .....	337
3. Zusammenfassende Schlussfolgerungen .....	338
D. Vertrauensschaden .....	340
1. Die Kausalität des Vertrauens .....	340
2. Vertrauensschaden ≠ zu ersetzender Schaden .....	342
III. Die Voraussetzungen auf Seiten des Schädigers .....	342
A. Haftung setzt Verschulden voraus .....	342
B. Haftung setzt Pflichtverletzung voraus .....	344
1. Einführung .....	344
2. Verletzung einer Aufklärungspflicht – Unterlassen als schädigendes Verhalten? .....	346
a. Konsequenzen für Kausalität und Beweislast .....	347
b. Ein alternativer Ansatz .....	349
i. Zur Funktion des Prospekts .....	351
ii. Schlussfolgerungen für die Beurteilung als Haftung für aktives Tun oder Unterlassen .....	351
(1) Zum Emittenten (§ 22 Abs 1 Z 1 KMG 2019) .....	352
(2) Zum Antragsteller auf Zulassung zum amtlichen Handel und zum Garantiegeber (§ 22 Abs 1 Z 2 KMG 2019) .....	353
(3) Zum Prospektkontrollor (§ 22 Abs 1 Z 3 KMG 2019) und Abschlussprüfer (§ 22 Abs 1 Z 5 KMG 2019) .....	353
(4) Zu Vertriebspersonen und Vermittlern (§ 22 Abs 1 Z 4 KMG 2019) .....	354

IV. Die Belastung und Berechtigung im relativen Verhältnis .....	354
A. Schutz des Vertrauens auf die Prospektangaben bedingt deren Kenntnis .....	355
B. Unmittelbare Kenntnisverlangung aus dem Prospekt? .....	356
C. Das Mysterium der Anlagestimmung .....	358
1. Die „Anlagestimmung“ im deutschen Rechtskreis .....	359
a. Von der Börsen Enquête Kommission in die Rechtsprechung des Reichsgerichts .....	359
b. Zur „Übernahme“ der Rechtsprechung des Reichsgerichts durch den Bundesgerichtshof .....	360
c. Die Positivierung der Anlagestimmung im deutschen Prospekthaftungsrecht .....	361
2. Die österreichische Sichtweise .....	362
a. Die Rechtsprechung im Überblick .....	363
b. Die Lehre im Überblick .....	365
D. Versuch einer Entmystifizierung .....	367
1. Beweisschwierigkeiten auf Seiten des Anlegers? .....	368
a. Kausalität des Vertrauens auf die Prospektangaben für Anlageentscheidung .....	368
b. Kenntnis des Anlegers vom Prospekt und vom Prospektinhalt .....	369
2. Zu den möglichen Abhilfen gegen Beweisschwierigkeiten des Anlegers .....	371
a. Zum prima-facie-Beweis .....	373
b. Zur widerleglichen Kausalitätsvermutung .....	375
i. Die Ausgleichs- und Präventionsfunktion der Prospekthaftung .....	376
ii. Ergänzende Argumente .....	377
(1) Die Sphäre der potentiellen Haftungsträger als Ausgangspunkt der Verkehrsstörung .....	378
(2) Die Vorteilserlangung potentieller Haftungsträger durch ihre Pflichtverletzung .....	380
(3) Die Vermutung des Erschließens rechtsgeschäftlicher Absicht .....	381
iii. Widerrufbarkeit des Offerts und Belohnungsanspruch bei widerrufener Auslobung .....	383
(1) Der Widerruf empfangsbedürftiger Erklärungen .....	384
(2) Die Auslobung .....	385
E. Schlussbetrachtung .....	388

#### **4. Teil. Die systematische Einordnung der Tatbestände des Vertrauenschutzes in das Schadenersatzrecht**

<b>§ 1. Das System von Haftungsgrund und Zurechnungsprinzip .....</b>	391
I. Seine Grundgedanken .....	392
II. Seine Zweckmäßigkeit .....	392
A. Grundlagen zur Rechtsfigur der culpa in contrahendo .....	393
B. Die „culpa“ bei Jherings „culpa in contrahendo“ .....	396
1. Terminologisches .....	397
2. In der Sache selbst .....	400
a. Tendenzen einer Billigkeitshaftung .....	401
b. Tendenzen einer Risikohaftung .....	401
c. Tendenzen einer Veranlassungshaftung .....	402
C. Schlussfolgerungen .....	402

<b>§ 2. Die Einordnung als rechtsgeschäftliche oder gesetzliche Haftung</b>	407
I. Die Anknüpfung der Haftung an eine Erklärung	407
II. Rechtsgeschäftliche Natur der Haftung?	409
A. Die Nichterfüllung des Versprechens als Haftungsgrund der Vertragshaftung	410
1. Die Wertung der Redaktoren der 3. TN	411
2. Die Wertung des Gewährleistungsrechts-Änderungsgesetzes	412
3. Schlussfolgerungen	413
B. Der Entstehungsgrund der Vertragshaftung	414
1. Die Entstehung des § 859 ABGB	414
a. Die Beratung zum ABGB-Urentwurf	415
b. Die Revision des ABGB	417
c. Der Einfluss der 3. TN	418
2. Schlussfolgerungen für das systematische Verständnis der ABGB-Redaktoren	419
3. Die Zweiteilung der Entstehungsgründe	422
a. Das Verständnis der modernen Dogmatik	422
b. Stellungnahme	423
C. Die Geltungsgründe für die rechtsgeschäftliche Bindung	425
1. Die beiden konträren Grundpositionen der Lehre	425
2. Die Rolle des Vertrauensgedankens innerhalb des Rechtsgeschäftsrechts	427
a. Vorbemerkung	427
b. Der Vertrauensgedanke im Irrtumsrecht	428
i. Die Unanfechtbarkeit der irrgigen Willenserklärung	428
ii. Schlussfolgerungen	430
c. Der Vertrauensgedanke im Recht der Auslobung	430
i. Der Belohnungsanspruch bei widerrufener Auslobung (§ 860a ABGB)	431
ii. Schlussfolgerungen	432
d. Der Vertrauensgedanke im Begriff der Willenserklärung (§ 863 ABGB)	433
i. Einführung	433
ii. Die Gedanken der Redaktoren der ABGB-Stammfassung	434
iii. Schlussfolgerungen	437
3. Zusammenfassende Schlussfolgerung	437
D. Schlussbetrachtung	438
III. Gesetzliche Natur der Haftung	440
A. Die Deliktshaftung als klassischer Fall gesetzlicher Haftung	440
B. Die Deliktshaftung ein Synonym für die nicht auf Rechtsgeschäft beruhende Haftung?	441
1. Der Begriff „Deliktshaftung“ in der österreichischen Lehre	442
2. Der Sprachgebrauch des BGB	443
3. Die größere Elastizität nach dem Sprachgebrauch des österreichischen Gesetzgebers	444
C. Die Differenzierung innerhalb der Deliktshaftung	445
1. Der Regelungstechnische Ansatz des Schadenersatzrechts	445
a. Zur Stammfassung des ABGB	446
b. Zum Einfluss der 3. TN	449
2. Zur materiellen Konkretisierung der Generalklausel	452
a. Grundlegendes	452
b. Ein differenzierter Schutz nach Art des Rechtsgutes?	453
c. Konsequenzen für die materielle Konkretisierung der Generalklausel in Bezug auf Vermögensinteressen	457
d. Ergänzende Erwägungen unter Berücksichtigung der Maßgaben des analysierten Normenmaterials	458

3. Die Vertrauenshaftung als eigenständige Fallgruppe der Deliktshaftung ...	459
a. Schlussfolgerungen aus den voranstehenden Erwägungen .....	460
b. Ergänzende Erwägungen .....	462
IV. Abschließende Würdigung .....	463
<b>§ 3. Zur Einordnung als Verschuldenshaftung und zum Verzicht auf ein Verschulden .....</b>	<b>466</b>
I. Die eindeutige und zu akzeptierende Entscheidung des Gesetzgebers .....	467
II. Die Verschuldenshaftung einzig vereinbar mit Grundwertungen des ABGB? .....	467
A. Die Entscheidungsprärogative des Gesetzgebers .....	469
B. Differenzierte Akzente zur Begründung der Verschuldensabhängigkeit der Scheinvertreterhaftung .....	470
C. Die unterschiedlichen Rechtsfolgen bei Willens- und Wissenserklärungen ..	471
D. Die Belastung des Irrenden mit dem positiven Vertrauensschutz .....	472
1. Die Bindung an den objektiven Erklärungswert .....	473
2. § 871 ABGB im Lichte der 3. TN .....	473
a. Der als treffend erkannte Gedanke der Redaktoren der ABGB-Stammfassung .....	474
b. Die „Veranlassung“ des Irrtums .....	475
c. Das „Offenbar-Auffallen-Müssen“ .....	475
d. Zusammenführende Würdigung .....	476
E. Schlussfolgerungen für den negativen Vertrauensschutz .....	476
1. Zur These der Erklärung auf eigene Gefahr .....	476
2. Zur Wahl des Zurechnungsprinzips .....	478
III. Normative Anhaltspunkte für eine verschuldensunabhängige Erklärungshaftung ..	480
A. Die Haftung der Geschäftsführer für falsche Angaben der § 10-Erklärung ..	481
1. Die Verbindbarkeit mit den analysierten Modellregelungen des negativen Vertrauensschutzes .....	482
2. Die Verschuldensunabhängigkeit nach dem ursprünglichen Willen des Gesetzgebers .....	483
3. Die Tendenzen einer Verschuldenshaftung in der Rechtswissenschaft ..	483
a. Der Standpunkt der älteren Lehre .....	484
b. Zur Maßgeblichkeit jüngerer gesetzlicher Wertungen .....	485
c. Ergebnis .....	487
B. Die Haftung des Auftraggebers für Verstöße gegen das BVergG .....	487
1. Von der „schuldhafte[n] Verletzung“ zum „hinreichend qualifizierten Verstoß“ .....	488
2. Der Meinungsstand zum Tatbestandsmerkmal „hinreichend qualifizierter Verstoß“ .....	490
3. Die Verbindung mit den analysierten Modellregelungen des negativen Vertrauensschutzes .....	492
a. Zur Einordnung unter die Rechtsfigur der culpa in contrahendo .....	492
b. Zur Anknüpfung der Haftung an die Ausschreibung .....	495
i. Grundlegendes .....	495
ii. Eine Verbindung mit der Auslobung? .....	497
iii. Entfall des Schadenersatzanspruchs nach § 369 Abs 2 BVergG 2018 ..	498
iv. Ersatz des Erfüllungsinteresses (§ 369 Abs 3 BVergG 2018) .....	501
IV. Schlussbemerkung .....	503
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>509</b>
Stichwortverzeichnis .....	515